



+ Politik | Energie

Union: Rückkehr zur Atomkraft

In der Atomenergie zeichnet sich der Ausstieg vom Ausstieg ab. Der Weg ist in der Union so gut wie beschlossen. *Markus Söder* und die CSU gehen voran. Der bayerische Ministerpräsident will im Freistaat modulare Kleinreaktoren (SMR) und einen Fusionsreaktor bauen.

Die CDU folgt der CSU. Die Christdemokraten goutieren den Plan und legen damit im Bund den Grundstein für Verhandlungen mit dem Koalitionspartner SPD. *Steffen Bilger*, Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte gegenüber FUCHSBRIEFE: „Die Union steht für einen technologieoffenen Ansatz in der Energiepolitik. Angesichts der geopolitischen Lage und der Fragen der Versorgungssicherheit ist es richtig, die Debatte über die Zukunft der Kernenergie ideologiefrei und offen zu führen.“

Die neue Stoßrichtung sind Fusionskraftwerke. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung das Ziel formuliert, dass erste Fusionskraftwerk der Welt zu bauen. Dafür haben die Koalitionäre in der Hightech Agenda die Fusion als eine der Schlüsseltechnologien definiert. „Hier besteht die Chance auf internationale Technologieführerschaft.“ Wenn neue Technologien wie SMR sich als sicher und wirtschaftlich erweisen, darf sich Deutschland dieser Option nicht verschließen“, sagt Bilger.

In die gleiche Richtung wie die Union drängt der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). *Volker Treier* sagte den FUCHSBRIEFEN im Interview: „Deutschland hat sich bei Energie stark abhängig gemacht. Gleichzeitig wurden Optionen wie Kernenergie beendet und der Kohleausstieg vorangetrieben.“ Das verschärft Zielkonflikte und erhöht die Risiken für den Industriestandort.

Katalysator für den Sinneswandel ist der Iran-Krieg. Die Blockade der Straße von Hormus, über die ab 2026 auch per Schiff LNG aus Katar nach Deutschland fließen soll, treibt die Preise für fossile Brennstoffe durch die Decke. Das schärft das Bewusstsein für die Importabhängigkeit Deutschlands. Die Zick-Zack-Politik von US-Präsident *Donald Trumps* bei Zöllen und seine Gebietsansprüche nähren zudem Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA als wichtigster Lieferant für Gas.

Strategische Nadelöhre – etwa die Straße von Hormus – zeigen, wie verwundbar dieses System ist. „Wer Risiken begrenzen will, muss Abhängigkeiten reduzieren

und Lieferketten diversifizieren“, sagt uns der Außenwirtschaftschef der DIHK.

- ▶ **Fazit:** Der Iran-Krieg legt die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten brutal offen. Kernenergie könnte die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern, die Versorgungssicherheit erhöhen und Preise stabilisieren. Die Union will diesen Kurswechsel vorantreiben.
- ▶ **Hinweis:** Das vollständige Interview mit Volker Treier vom DIHK lesen Sie bei FUCHSBRIEFE: <https://tinyurl.com/dwpatbya>

Hauptstadt-Notizen

+ BERLIN: AfD-VERFASSUNGSKLAGE NACH OSTWAHLEN?

Die Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern könnten dem Bundesrat eine neue machtpolitische Bedeutung geben. Gelingt es der AfD, in einem Bundesland eine absolute Mehrheit zu erreichen, könnte das dazu führen, dass es zu Normenkontrollklagen beim Bundesverfassungsgericht kommt. Das könnte der Fall sein, wenn die AfD z. B. in Sachsen-Anhalt stark gewinnt (akt.: CDU 25%, SPD 6%, Linke 13%, AfD 38%). Eine AfD-Alleinregierung ist also nicht unmöglich. Hintergrund: Für eine Normenkontrollklage beim BVerfG braucht es im Bundestag 25% der Abgeordneten. Diese Hürde überspringt keine Oppositionspartei allein. Eine Zusammenarbeit von Grünen und Linken mit der AfD wird im Bundestag aus ideologischen Gründen ausgeschlossen.

Wirtschaft | Außenhandel

Hoffnungsträger Freihandel

Die Freihandelsabkommen der EU helfen Unternehmen, die Verluste aus großen wegbrechenden Märkten wie den USA und China abzufedern. Neue zusätzliche Wachstumsimpulse gehen mit den Abkommen

Inhalt

◆ Wirtschaft Energie: Energiewende in Warschau	2
◆ Politik Parteien : SPD vor Kurswechsel?	2
◆ Erbschaftsteuer: BFH stärkt Rückwirkung	3
◆ +Logistik: Smarte Neuheiten für Lager-Logistik	3
◆ In aller Kürze: Recht: Azubis haben Anspruch auf bAV	3
◆ Börse: Aktienmärkte in Schockstarre	4
◆ Empfehlungen: Beiersdorf & Consumer ETF	4

(zuletzt Australien, Mercosur) kaum noch einher. Das ist die Einschätzung vieler deutscher Unternehmen, wie die DIHK-Umfrage „Going International 2026“ zeigt. Danach sehen die befragten Unternehmen vor allem in den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Bolivien), in Kanada, Indien und in der Asien-/Pazifikregion Wachstumschancen, wo eine Vereinbarung mit Indonesien ansteht

Zu schaffen machen der deutschen Exportwirtschaft vor allem höhere Zölle. Das gaben zwei Drittel der befragten Unternehmen an. Aber auch steigende lokale Zertifizierungsvorschriften, verstärkte Sicherheitsanforderungen oder Exportkontrollen belasten die Unternehmen. Kritisch werden zudem Regulierungen im EU-Binnenmarkt beurteilt, die für vielen Unternehmen wie ein Bremsklotz wirken. Beispiele hierfür sind hier die Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten in Lieferketten, Auflagen der Verpackungsrichtlinie oder der EU-CO₂-Grenzausgleich.

Der weltweit fortschreitende Protektionismus ist auch Thema auf der laufenden WTO-Ministerkonferenz in Kameruns Hauptstadt Yaoundé. „Wir brauchen ehrliche Gespräche zu Handelsungleichgewichten, Fairness und der Arbeitsweise der WTO. Weitere Blockaden kann sich die WTO nicht leisten“, sagte Wirtschaftsstaatssekretär *Thomas Steffen*. Die WTO-Prognose für das Welt-handelsvolumen für das Jahr 2026 wurde erheblich auf nur noch 0,5% gesenkt. Im Jahr 2025 hatte der Handel noch überraschend stark (+2,4%) zugelegt. Deutschland ist als exportorientierte und rohstoffarme Volkswirtschaft in besonderem Maße auf offene und regelgebundene internationale Märkte angewiesen.

- ▶ **Fazit:** Angesichts der zunehmenden Fragmentierung der Exportmärkte sind Freihandelsabkommen für deutsche Unternehmen zentral. Das Handelsabkommen mit Indonesien, über das derzeit verhandelt wird, könnte neue kräftige Impulse setzen.

Wirtschaft | Energie

Energiewende in Warschau

Polen positioniert seinen Energiemarkt neu. Der Energiesektor soll grundlegend umgebaut werden. Die aktuelle Regierung unter *Donald Tusk* plant, gut 235 Milliarden Euro zu investieren.

Schwerpunkt der Investitionen ist die Kernenergie, in der es einen Paradigmenwechsel gibt. Polen baut erstmals eine eigene Kernenergie auf. Der erste eigene Reaktor soll bereits ab Mitte der 2030er Jahre ans Netz gehen.

Ein weiterer Fokus der Investitionen liegt auf erneuerbaren Energien und der Netzinfrastruktur. Über 50 Milliarden Euro sollen in erneuerbare Energien und Speicher fließen. Weitere Milliarden in Stromnetze und Übertragungsinfrastruktur.

Hintergrund dieser „Energie-Wende“ sind die geopolitischen Entwicklungen. Polen denkt Energiepolitik längst nicht mehr nur ökonomisch, sondern strategisch. Der Krieg in der Ukraine und die Spannungen im Nahen Osten haben die Verwundbarkeit klassischer Energieabhängigkeiten offengelegt.

Für Warschau gilt inzwischen eine einfache Gleichung: Energie = Sicherheit. Der Umbau weg von Kohle hin zu diversifizierten Quellen ist Teil einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung.

Auch auf europäischer Ebene versucht Polen, Spielräume zu schaffen. Gemeinsam mit anderen Staaten setzt sich die Regierung in Warschau dafür ein, die Industrie durch kostenlose CO₂-Zertifikate zu entlasten und die Klimapolitik stärker an nationale Gegebenheiten anzupassen.

Polens Plan ist anspruchsvoll. Die finanziellen Dimensionen sind enorm und das Land weist bereits heute hohe Defizite auf. Die geplanten Investitionen werden den fiskalischen Druck weiter erhöhen. Der innere Konflikt zwischen *Tusk* und *Karol Naurocki* erschwert langfristige strategische Projekte ebenfalls. Politische Spannungen könnten dazu führen, dass Projekte verzögert, angepasst oder neu priorisiert werden.

- ▶ **Fazit:** Polen entwickelt sich zu einem der wichtigsten Energiemärkte Europas. Die geplanten Investitionen schaffen enorme Geschäftsmöglichkeiten, insbesondere für Bau, Industrie und Infrastruktur.

Politik | Parteien

SPD vor Kurswechsel?

Lars Klingbeil versucht, die SPD zu wecken. Mit seiner Rede bei der Bertelsmann-Stiftung möchte der SPD-Chef nach den verlorenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wieder in die Offensive kommen, Handlungsfähigkeit beweisen und Reform-Signale ins Land senden.

Die Botschaft soll sein: Die Regierung hat verstanden Zentral ist aber, ob die SPD für einen Kurswechsel bereit ist. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der am Widerstand in den eigenen Reihen scheitert. Denn zwischen Einsicht und Umsetzung klafft eine innerparteiliche Lücke. Die zeigte sich z. B. bei der Wahl der Parteivorsitzenden. Klingbeil bekam damals gerade einmal 65% der Stimmen, seine Co-Vorsitzende *Bärbel Bas* 95%. Bas ist aber auf einem ganz anderen Kurs unterwegs als Klingbeil. Auch programmatisch hat die SPD zuletzt eher mit mehr Umverteilung, höheren Steuern usw. versucht zu punkten.

Klingbeils Rede ist der Versuch, die SPD wirtschaftspolitisch anschlussfähig zu machen. Entscheidend ist nicht, was angekündigt, sondern was umgesetzt wird

und schnell positive Effekte hat. Es bleibt abzuwarten, ob Klingbeils Rede der Auftakt zu einem Kurswechsel in der SPD und Bundesregierung ist. Das Problem der SPD ist nicht die Analyse, sondern die Entschlossenheit der Partei.

- ▶ **Fazit:** Klingbeil unternimmt den Versuch, die SPD neu auszurichten. Ob der Früchte trägt, wird sich an konkreten Maßnahmen zeigen, die den Standort D. stärken. Ob die Genossen diesen unbequemen Weg mitgehen, bleibt abzuwarten.

Unternehmen | Erbschaftsteuer

BFH stärkt Rückwirkung

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat die rückwirkende Anwendung der Erbschaftsteuerreform von 2016 gestärkt und dem Vertrauensschutz enge Grenzen gesetzt. Dieses Urteil hat deshalb besondere Relevanz, weil die Erbschaftsteuer aktuell wieder zur Prüfung beim Bundesverfassungsgericht liegt. Eine Anpassung, die insbesondere Unternehmervermögen betreffen dürfte, wird damit ebenfalls rückwirkend gelten.

Der BFH hat in einer aktuellen Entscheidung die teilweise rückwirkende Anwendung des neuen Rechts als verfassungsgemäß bewertet. Hintergrund: Die Neuregelung der Erbschaftsteuer wurde im November 2016 verkündet, sollte aber in Teilen bereits rückwirkend ab dem 1. Juli 2016 gelten (insbesondere für die Übertragung von Betriebsvermögen). Diese Rückwirkung war von Beginn an umstritten, da sie in bereits laufende Sachverhalte eingriff.

Der Fall: Im Streitfall hatte ein Steuerpflichtiger Betriebsvermögen im Zeitraum zwischen Juli und November 2016 im Wege der Schenkung übertragen. Das Finanzamt besteuerte den Vorgang nach neuem Recht – obwohl dieses zu diesem Zeitpunkt formal noch nicht verkündet war.

Der BFH bestätigte die Vorgehensweise der Finanzverwaltung. Entscheidend sei, dass der Deutsche Bundestag bereits am 24. Juni 2016 den Gesetzentwurf beschlossen hatte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätten Steuerpflichtige nicht mehr auf den Fortbestand der alten Rechtslage vertrauen dürfen. Damit sei die rückwirkende Anwendung des neuen Erbschaftsteuerrechts zulässig. Die Richter sehen hierin keine unzulässige echte Rückwirkung, sondern eine verfassungsrechtlich erlaubte sogenannte „unechte Rückwirkung“.

- ▶ **Fazit:** Der BFH stärkt die rückwirkende Anwendung der Erbschaftsteuerreform. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass dies auch für die Reform gilt, die aktuell vor dem Verfassungsgericht liegt, dessen Entscheidung in diesem Jahr erwartet wird.

- ▶ **Urteil:** BFH, Az. II R 7/23

+ Innovation | Logistik

Smarte Neuheiten für Lager-Logistik

Auf Europas größter Fachmesse für Intralogistik-Lösungen haben wir uns nach wichtigen Innovationen umgesehen. Auf der LogiMAT gab es einiges zu sehen. Wir stellen Ihnen drei interessante Neuheiten vor:

- ◆ **Lagersicherheit:** „EPG Aura“ schafft eine Umgebung, die eine Echtzeit-Analyse von Videodaten (Intelligent Video Analytics, IVA) aus dem Lager zur Verbesserung von Sicherheit, Transparenz und dezentraler Steuerung ermöglicht. Der mit NVIDIA entwickelte „EPG Aura Observer“ erkennt und bewertet Bewegungen im jeweiligen Kontext.
- ◆ **Be- und Entladen von Lkw:** Der autonome Niederhubwagen AXL 15 iGo wurde für das Lkw-Handling weiterentwickelt. Zwei Fahrzeuge können bis zu 30 EPAL-Paletten in 35 Minuten autonom in einen Trailer verladen. Die Lösung benötigt kein zusätzliches Safety-at-the-Gate-Konzept mit stationären Installationen (Scanner, Reflektoren) im Dock oder im Trailer. Das System ist besonders geeignet für einen hohen Palettenumschlag und standardisierte Ladeeinheiten (Logistikdienstleister, Lebensmittel- und Einzelhandels, für produzierende Unternehmen).
- ◆ **Deckenautomation:** Der mobile, omnidirektionale „SkyBot“ macht Automatisierung auf engem Raum möglich indem er die Hallendecke als Bewegungsebene erschließt. Der Cobot bewegt sich entlang der Decke und arbeitet ohne aufwendige Umbauten unabhängig von Verkehrswegen, Maschinenlayouts und Flächenrestriktionen. „SkyBots“ können parallel eingesetzt werden, sich gegenseitig überholen oder verschiedene Aufgaben gleichzeitig übernehmen. Das System lässt sich auch in mehrgeschossigen Strukturen oder mehreren Hallen integrieren.
- ▶ **Fazit:** Die Systeme können vielen Unternehmen helfen, effizienter und sicherer zu arbeiten.
- ▶ **Hinweis:** Die Innovationen sind auch ein Zeichen für die Stärke deutscher KMU. Der Niederhubwagen und der „SkyBot“ sind Weltneuheiten, wurden mit Award „LogiMAT Best Product“ ausgezeichnet.

In aller Kürze

RECHT: AZUBIS HABEN ANSPRUCH AUF BAV

Auszubildende gelten während ihrer Lehrzeit als Betriebsangehörige. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden. Daher gelten für sie auch die Regelungen der betrieblichen Altersversorgung (bAV). Die bAV kann zwar jederzeit vom Arbeitgeber gekündigt werden. Aber nur nach der Kündigung eintretende Arbeitnehmer erhalten dann keine Betriebsrente.

- § **Urteil:** BAG vom 26.08.2025, Az.: 3 AZR 283/24

Börse

Aktienmärkte in Schockstarre

Die Märkte sind von Ratlosigkeit geprägt. Nach der Achterbahnfahrt am Montag, innerhalb kürzester Zeit schoss der DAX von minus 2% auf plus 2,5%, hangelt sich der deutsche Leitindex an der 23.000-Punkte-Marke entlang. Ähnlich sieht es beim S&P 500 aus.

Die Anleger warten offenbar ab, wie sich der Iran-Krieg weiterentwickelt. Falls sich die USA und der Iran zu einem Waffenstillstand und einer Öffnung der Straße von Hormus durchringen, dürften die Märkte deutlich zulegen. Für dieses Szenario spricht, dass die Trump-Regierung einen 15-Punkte-Plan für einen Waffenstillstand vorgelegt hat. Bislang hat der Iran aber wenig Interesse an Verhandlungen signalisiert. Sollten die Verhandlungen scheitern und die USA die iranischen Kraftwerke bombardieren, werden die Märkte nach unten ausbrechen.

Am wahrscheinlichsten ist, dass sich die Hängepartie noch einige Zeit fortsetzt. Auch die Trends auf den Rohstoffmärkten sind ungebrochen. Zwar ist das Barrel der Nordseesorte Brent nach dem starken Anstieg auf gut 100 US-Dollar zurückgefallen. Dennoch befindet sich Ölpreis seit dem Angriff auf den Iran in einem klaren Aufwärtstrend, mit weiterem Potenzial nach oben.

Die Nachteile des voraussichtlich länger hohen Ölpreises auf die Wirtschaft in Deutschland und weltweit sind sehr negativ. Die Konjunktur kommt nicht aus der Rezession und stagniert im besten Fall. Inzwischen treibt der Ölpreis die Inflation kräftig an.

Die prekäre Situation schlägt bereits auf die Stimmung der Verbraucher durch. Der GfK Konsumklima-Index brach um 11,2 auf -6,9 Punkte ein.

Eine Stagflation ist derzeit das wahrscheinlichste Szenario. Die EZB muss also in ihrer Geldpolitik zwischen Skylla und Charybdis manövrieren. Mögliche Zinserhöhungen um 25 oder gar 50 Basispunkte dämpfen zwar die Inflation, bremsen die Konjunktur aber weiter.

Unterdessen fällt der Goldpreis weiter, unter 4.500 US-Dollar. Da Gold als Krisenwährung gilt, stecken dahinter entweder Liquiditätsprobleme oder Zinserwartungen.

- ▶ **Fazit:** Bei Aktien besteht momentan kein Handlungsbedarf. Zum Nachkaufen ist es uns zu früh. Wer sein Risiko minieren möchte, kann seine Aktienpositionen mit Putoptionen absichern oder enge StopLoss setzen. Beim Öl gibt es indes noch Aufwärtspotenzial und bei Gold scheint die Gelegenheit zum Einstieg gekommen.

Empfehlung: Beiersdorf

Mit der Vorlage der Geschäftsergebnisse für 2025 und dem Ausblick auf das gerade angelaufene Jahr ist die Beiersdorf-Aktie deutlich unter Druck gekommen. Die Korrektur hat den Aktienkurs des Konsumgüterproduzenten wieder an seinen langfristigen Aufwärtstrend herangeführt.

Das ist eine Chance. Denn das Geschäftsjahr 2025 war schwierig. Für das laufende Jahr rechnet der Nivea-Produzenten mit einem „Übergangsjahr“. Konzernchef *Vincent Warney* führte die schwache Geschäftsentwicklung auf das nur geringe Marktwachstum von 1,5% zurück. Der Konzernumsatz stagnierte bei rund 9,9 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau. Organisch legte der Umsatz um 2,4% zu (2024: +6,5%).

Für das laufende Jahr rechnet Beiersdorf mit einem geringen organischen Umsatzwachstum. Wir halten den Kurseinbruch von bis zu 32% aber für übertrieben. Das schuldenfreie Unternehmen sitzt auf einem Cashpolster in Höhe von rund 2,58 Mrd. Euro und will in den kommenden Monaten für bis zu 750 Mio. Euro eigene Aktien zurückkaufen. Mit einem KGV unter 16 ist die Aktie aus fundamentaler Sicht günstig.

- ▶ **ISIN:** DE 000 520 000 0
- ▶ **Fazit:** Empfehlung: kaufen
- ▶ **Kursziel:** 96,80 EUR; StopLoss: unter 65,60 EUR

Empfehlung: World Consumer Staples ETF

Wer breiter gestreut in den Basiskonsumgüter-Sektor investieren will, kauft einen Sektor-ETF. Der Amundi S&P World Consumer Staples Screened bietet Zugang zu großen und mittelgroßen Unternehmen aus dem Basiskonsumgüter-Sektor und deckt die komplette Bandbreite der Branche ab. Insgesamt 78 Unternehmen sind im Index enthalten. Die zehn größten Positionen decken bereits knapp 71% des Fondsportfolios ab. US-Aktien sind mit rund 63% am stärksten im ETF-Portfolio vertreten, gefolgt von britischen (11,2%); Schweizer (9,12%) und französischen (5,73%) Unternehmen.

Das ETF-Portfolio wird physisch nachgebildet. Mit laufenden Kosten (TER) in Höhe von 0,18% bietet der Amundi S&P World Consumer Staples Screened ETF eine bequeme und kostengünstige Möglichkeit, den Sektor Basiskonsumgüter-Aktien im eigenen Portfolio höher zu gewichten. Kleines Manko für Dividenden-Fans – diese werden im ETF direkt wieder mit angelegt (thesauriert) und nicht ausgeschüttet.

- ▶ **Fazit:** Der ETF (ISIN: IE 000 ZIJ 5B2 0) eignet sich als gute defensive Depotbeimischung.